

KOMMUNEN

Herr der Schlaglöcher

Kiels Oberbürgermeister Albig, einst Spitzenbeamter der Bundesregierung und rechte Hand des damaligen Finanzministers Steinbrück, wandelt sich in der Provinz zum Revoluzzer gegen Berlin.

Die Ludwig-Erhard-Berufsschule am Kieler Westring ist ein unwirtlicher Ort, zumal bei Regen, wenn das Wasser von der Decke tropft. Durch die Klassenräume heult der Wind. Von Zeit zu Zeit drückt eine Bö ein Fenster aus dem morschen Rahmen. In den oberen Etagen hat der Hausmeister Bretter vor die Scheiben genagelt.

Kiels Oberbürgermeister Torsten Albig, 46, besitzt ein Fotoalbum, das den Verfall des Gebäudes präzise dokumentiert. Ein Schüler hat es ihm geschenkt, als Albig der Berufsschule im vergangenen Jahr einen Besuch abstattete. Eigentlich wollte er den Auftritt nutzen, um Wahlkampf zu machen. Stattdessen, sagt er, habe er sich wegen der Zustände an der Schule in Grund und Boden geschämt.

Albig hat das Fotoalbum mit nach Hause genommen und es seiner Frau und den Kindern gezeigt. Er hält es für ein wichtiges Beweismittel. Für Albig sind die Fotos der Beleg, wie das Gemeinwesen in den letzten Jahren vor die Hunde gegangen ist. „Wenn in einer Berufsschule für mehrere tausend Jugendliche die verrotteten Fenster rausfallen“, sagt er, „dann ist dieser Staat am Ende.“

Gut ein Jahr ist es her, dass Albig die Bundespolitik verlassen hat, um in Kiel als SPD-Kandidat für die Oberbürgermeisterwahl anzutreten. Beobachter und Weggefährten bezweifelten damals, dass es sich dabei um eine gute Idee handele. Albig war als Sprecher und Spitzenbeamter des Bundesfinanzministeriums ein geachteter Mann in der Hauptstadt. Er galt als der engste Mitarbeiter des damaligen Finanzministers Peer Steinbrück. Es war die Zeit, in der die Bundesregierung mit milliardenschweren Hilfsprogrammen gegen die Weltwirtschaftskrise ankämpfte, Albig mittendrin. Auf die Kommunalpolitik hingegen wird in Hauptstadtkreisen traditionell mit Geringschätzung geblickt.

In den Monaten, die Albig seither in Kiel verbrachte, hat er eine

bemerkenswerte Entwicklung vollzogen. Es fing damit an, dass er die Bundespolitik, die er jahrelang vertreten hatte, plötzlich kritisierte. Er warf der Regierung in Berlin vor, Sozialaufgaben auf die Kommunen abzuwälzen. Dabei zielte er nicht nur auf das neue schwarz-gelbe

Kabinetts, sondern auch auf die Zeit, in der die SPD die zuständigen Ministerien besetzt hatte.

Albig verfasste ein Papier mit der Überschrift „Stadt statt Staat“, das eine Abrechnung mit seinem früheren Wirken darstellt. Aus dem Chefklärer der Bundesfinanzpolitik wurde ein Kronzeuge der Anklage, dessen Glaubwürdigkeit nun umso größer ist, weil er über beachtliches Insiderwissen verfügt. „Die da in der Hauptstadt haben nicht die leiseste Ahnung, wie es draußen im Land wirklich aussieht“, sagt Albig. Bei ihm selbst sei es früher auch so gewesen.

In den nächsten Wochen will er seine Kampagne gegen den Bund noch verschärfen. Am vergangenen Mittwoch traf sich Bundeskanzlerin Angela Merkel mit

Funktionären der kommunalen Spitzenverbände, um über die Lage der Städte und Gemeinden zu reden. Finanzminister Wolfgang Schäuble hat eine Kommission einberufen, die eine Reform der Gewerbesteuer vorbereiten soll. Über den Stand der Verhandlungen ist Albig gut informiert. Er sitzt nicht mit am Tisch, aber er könnte in der Debatte die Wortführerschaft für die Provinzvertreter übernehmen.

Es geht um die Frage, wie viel Geld Bund und Länder zukünftig an die Städte und Gemeinden abgeben müssen, und Albig hat in der kurzen Zeit als Oberbürgermeister eine weitreichende Antwort gefunden: möglichst das meiste. Den Verteilschlüssel, der dem Bund etwa 43 Prozent der Steuereinnahmen bringt und den Kommunen 13 Prozent, möchte Albig massiv verändern – zu Lasten des Bundes.

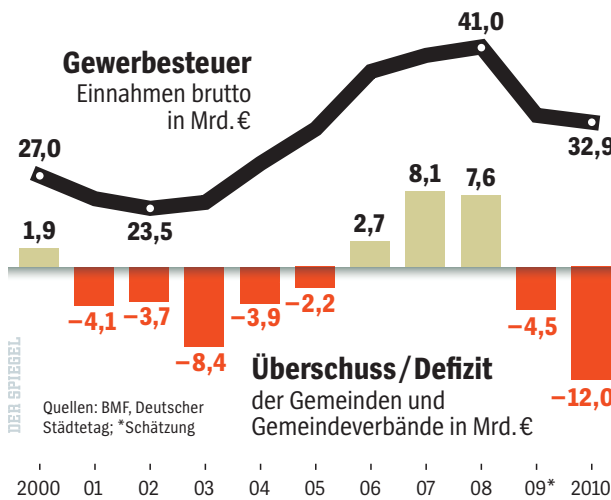
Kräftig sparen müssten nach diesem Plan auch die Bundesländer, denen er ein Gutteil der Befugnisse abnehmen will. Statt 16 Kultusbehörden reiche eine, findet Albig. Die Polizei wäre nicht Ländersache, sondern eine Angelegenheit des Bundes. Bundesländer sollten fusionieren. „Wenn am Ende vier Länder in Deutschland übrigbleiben, reicht das vollkommen“, sagt Albig.

Die Kommunen hingegen würden nicht nur finanziell besser gestellt, sondern bekämen auch mehr politischen Einfluss. Albig wirbt für ein Konzept, wonach die Städte und Gemeinden selbst darüber bestimmen, wie viel Steuern sie ihren Bürgern und den ansässigen Unternehmen abverlangen; er spricht von einer „Stadtsteuer“. Auf diese Weise werde für die Menschen nachvollziehbarer, ob



HARTMUT SCHWARZBACH / ARGUS

Kommunalpolitiker Albig: „Der Staat ist am Ende“



das Geld vor Ort sinnvoll eingesetzt oder verpulvert wird.

Man kann Albig's Plan illusorisch oder naiv finden. Das Innenministerium in Schleswig-Holstein hat wegen seiner Vorschläge vorsorglich eine Expertise verfasst, aus der hervorgeht: So leicht können im deutschen Föderalismus keine Bundesländer abgeschafft werden. Das hat die Beamten im Land erst mal beruhigt. Aber wer sich eine Weile in Kiel umsieht, gerät in Zweifel, ob die revolutionären Pläne des Oberbürgermeisters wirklich gaga sind.

Im Prinzip reicht es schon, im Kieler Rathaus ans Fenster zu treten und an der Oper vorbei auf das Hochhaus der HSH Nordbank zu sehen. In guten Jahren hat die Bank bis zu 25 Millionen Euro überwiesen, damals etwa ein Fünftel des ge-

schüsse für Arbeitslose, rasant an. Unterm Strich fehlen Kiel in diesem Jahr fast 80 Millionen Euro, die Albig durch neue Kredite ausgleichen muss. Die Schulden steigen auf über eine halbe Milliarde Euro. Kiel, eine vergleichsweise gutentwickelte Stadt mit einer Universität und 20000 Betrieben, steht so mies da wie Griechenland.

Die Konsequenzen lassen sich im Stadtteil Gaarden besichtigen, einem früheren Werftarbeiterviertel. In der Tagesstätte Mosaik an der Johannesstraße stammen von 120 Kindern etwa 100 aus Familien, in denen selten oder nie Deutsch gesprochen wird. Viele Eltern sind arbeitslos.

Seit acht Jahren läuft in der Kita ein Modellprojekt. Damit die Kinder besser Deutsch lernen, wurde eine Erzieherin

Gegenteil. Die zusätzliche Förderung der Kita in Gaarden zählt zu den wenigen verbliebenen freiwilligen Leistungen, die sich Kiel gönnt. Es handelt sich um die letzte Sparreserve, ebenso wie die kommunale Schuldnerberatung oder der Schülertreff, den die Kommune über dem Sonnenstudio Vineta Sun in der Fußgängerzone eingerichtet hat.

Albig sagt, er träume manchmal davon, probierhalber eine Art Notstand auszurufen, der ihn in die Lage versetze, ungewöhnliche Rettungsmaßnahmen zu ergreifen. Eine Woche lang würde sich die gesamte kommunale Verwaltung darauf konzentrieren, nur solche Arbeiten zu erledigen, die der Kommune einen wirklichen Vorteil bringen.

Albig hat ausgerechnet, dass seine Leute in der Meldestelle seit der Einführung



Finanzpolitiker Albig, Steinbrück im Juli 2007, Kinderspielplatz in Kiel-Gaarden: Proberhalber den Notstand ausrufen

samen Kieler Gewerbesteueraufkommens. Nebenbei subventionierte sie Sportvereine und trat bei Kulturveranstaltungen als Sponsor auf.

Doch dann hatte sich die HSH Nordbank auf dem Weltmarkt verzockt und war in eine existenzbedrohende Notlage geraten. Sie wird in diesem Jahr vermutlich keinen Cent Gewerbesteuer bezahlen und im nächsten Jahr wohl auch nicht. Wegen der Nordbank fehlt Albig ein Betrag, der früher ausreichte, um mehrere Kindergärten und Schulen zu finanzieren.

Weil auch andere Kieler Unternehmen unter der Finanz- und Wirtschaftskrise leiden, hat der Oberbürgermeister für 2010 einen Haushalt mit katastrophalen Zahlen vorgelegt. Die Einnahmen aus der Gewerbesteuer werden um etwa ein Drittel schrumpfen. Dafür steigen die krisenbedingten Ausgaben, etwa die Mietzu-

eingestellt, die Türkisch und Deutsch spricht. Die Stadt hat eine halbe Sozialpädagogenstelle extra bewilligt. Insgesamt führt das Projekt zu zusätzlichen Kosten von 53 000 Euro im Jahr.

Albig glaubt, dass das Geld gut investiert ist. Zumal dann, wenn er die 53 000 Euro mit den 100 Millionen vergleicht, die er jedes Jahr für Langzeitarbeitslose und Sozialfälle ausgibt. Was würde passieren, wenn er 100 Millionen Euro im Jahr zur Verfügung hätte, um Gaarden mit den besten Kindergärten und Schulen zu versorgen, Prämien für ansiedlungs- und ausbildungswillige Betriebe zu zahlen und die maroden Häuser zu sanieren, um das Viertel für Bürgerliche attraktiv zu machen? Nach spätestens zehn Jahren würde sich die Sache rechnen, schätzt Albig.

Doch wegen der Haushaltsnot ist an ein solches Projekt nicht zu denken, im

des neuen Reisepasses pro Antrag acht Minuten länger arbeiten müssen als früher. Durch die jüngsten Verschiebungen beim Finanzausgleich hat er aber gleichzeitig deutlich weniger Geld für Personal zur Verfügung als früher. So werden die Warteschlangen auf dem Flur der Behörde immer länger und seine Leute als Faulpelze beschimpft.

In der Woche des Notstands würde Albig seine Leute einfach nach draußen schicken. In den Parks würde der Müll aufgesammelt. Den Kindern im Jugendtreff würde bei den Hausaufgaben geholfen. Die kraterähnlichen Löcher, die die Winterkälte in den Straßenbelag gefressen hat, wären in kurzer Zeit gestopft.

Die Bürger würden sich darüber freuen, sagt Albig. Und sämtliche Landes- und Bundesbehörden könnten ihm mit ihren Vorschriften den Buckel runterrutschen.

ALEXANDER NEUBACHER